

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Sie beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Elm a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Insertate

kosten die dreispaltige Zeitspalte 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 52.

Elm, den 27. Dezember 1907.

VIII. Jahrgang.

Ein
glückseliges neues Jahr
wünscht allen Verbandsmitgliedern:
Die Verbandsleitung.

Rückblick.

1907 — ein Jahr mehr im Zeitenlauf; ein Jahr Kampf um die Arbeiterfrage ist wieder dahin.

Und da sich die neuen Tage
Aus dem Schutt der alten bauen,
Kann ein ungetriebenes Auge
Rückwärts blickend, vorwärts schauen.

Ein Rückblick am Jahreschlusse ist wohl nirgends angebrachter als in der Arbeiterbewegung, in der sich das Werden eines Standes verkörpert. Der auf- und vorwärtstrebende Arbeiterstand muß aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Das Wissen des Geschehenen heißt die Welt, dasjenige verstehen, womit die Arbeiterbewegung unserer Lage zu rechnen hat. Und was zeigt uns das Jahr 1907? Daß die Arbeiterkraft in Zukunft noch mehr wie bisher ihrer eigenen Kraft vertrauen muß, daß sie vor allem ihr Heil nicht in erster Linie von jener Institution erwarten kann, welche die Gemeinschaft aller darstellt, dem Staate und deren Vertreterin, der Regierung.

Im Anfange des Jahres rief die Regierung das Volk zu neuen Parteinäherungen, es wurde erwartet, daß der im Vorjahre im Reichstage zurückgewiesene Entwurf bezgl. der Reichsfähigkeit der Berufsvereine die weitesten Volksteile von der trostlosen Lage der deutschen Sozialpolitik überzeugt hätte und daß diese unter solchen Einflüssen durch die Wahl zu Gunsten einer energischeren Fortführung sozialer Maßnahmen demonstriert hätten. Die Wahl vollzog sich indes in einem anderen Rahmen.

Bei der Eröffnung des Reichstages besetzte die Thronrede die Fortführung der deutschen Sozialpolitik in den bewährten Bahnen. Es folgte: bei der reichlichen Arbeiterkraft die Anwendung des früher beschlossenen § 23 des Einkommensteuergesetzes, der Entwurf des sozialreformistischen Staatsministers des Innern von Bismarck, die Erklärung des neuen Staatssekretärs von Rathmann-Hollweg zur Fortführung der Sozialpolitik in bewährten Bahnen auf dem 2. deutschen Arbeiterkongress und — der als Kulturfortschritt gepriesene Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes. In Preußen-Deutschland gehen die Minister, aber der Geist, der ein modernes Arbeiterrecht nicht kennt, er schwindet nicht.

Genau wie früher und morgen wie heute denkt man sich in Preußen-Deutschland unter einem nationalgefärbten Arbeiter eine solche Person, die alle anderen Leute vom Politischen aufwärts als Autoritäten ansieht und die mit stark entwickelten Untertaneneigenschaften ehrsüchtigvoll all jenes anschaut, was Arbeitgeber und sonstige „Herren“ aus „sozialem Empfinden“ heraus an Wohlfahrtspflege leisteten. Nur so ist es zu verstehen, wenn den zu Pfingsten in Hamburg versammelten „reichstreu“ Arbeitervereinen die wärmste Anteilnahme an ihren Bestrebungen aus Regierungskreisen heraus zugesichert wurde. Unsere Zeit ist noch nicht reif für eine uneingeschränkte Anerkennung selbständiger und selbstbewusster Arbeit der Arbeiterbewegung.

Die Reichstagswahl, wie ihr Ausfall auch sonst sein mag, hat das soziale Gewissen der Herrschenden nicht geschärft und auf dem durch sie geloderten Boden, konnte dann im Jahre 1907 auch die durch Arbeitgeber geleitet und von manchen einflussreichen Leuten sorgsam gepflegte Bewegung, die zur Genüge unter dem Namen gelbe Arbeitervereine, nationale, reichstreu und vaterländische Arbeitervereine bekannt ist: Ein Bollwerk seiner Schande nicht darf danken wollen.

Wann freilich es nach der Reichstagswahl fehlend der christlich-nationalen Arbeiterkraft und heute? Die gelbe Bewegung schließt wenig ins Kraut und jede selbständige Arbeiterbewegung hat gegenüber dem Unverständnis der vaterländischen Kreise einen außerordentlich schwierigen Stand. Selbst die glanzvolle verlorene II. deutsche Arbeiterkongress konnte sich überschauen lassen, nicht vermocht die indifferenten Arbeiterkreise aufzuräumen, und dem bei der Reichstagswahl gewonnenen nationalen Gedanken in nationalen Bahnen zu folgen. Die Regierung und Bürgerkreise unterstützen.

Was die Arbeiterkraft im Laufe des Jahres sich hat erarbeiten können, verband sie einzig und allein dem Zentralverband auf ihre eigene Kraft in der gewerkschaftlichen Organisation. So bedeutungslos auch die

politische Betätigung sein mag — die Tatsache, daß 1907 sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den Reichstag einzogen, soll durchaus nicht als etwas untergeordnetes gelten, — die Wurzel der Kraft, mit deren Hilfe die Arbeiterkraft, allen Schwierigkeiten zum Trotz, ihre Emanzipation durchführen kann und will, liegen in der Selbsthilfe und der durch diese bedingenen Organisation. Das Jahr 1907 hat hierfür wiederum den Beweis erbracht.

Der Standpunkt der „Herren im Hause“ und der Ruf: „Wir verhandeln nicht“ werden infolge der von der Arbeiterkraft geführten Kämpfe von den Arbeitgebern bereits revidiert. Schon hat der Zentralverband der Metallindustriellen in verschiedenen Industriezweigen und Gegenden andere Parolen gelten lassen. Ihnen werden die Gewaltigen des Bergbaues folgen müssen. In den Arbeitgeber-Verbänden deren Mitglieder meist Inhaber kleinerer und mittlerer Betriebe sind und die sich schon in etwa mit Verhandlungen abgefunden hatten, setzte sich diese Entwicklung im Jahre 1907 fort.

Wie im Baugewerbe, macht sich besonders auch in der Holzindustrie nicht nur die Tendenz zum Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen bemerkbar, sondern auch die zum Abschluß einer Tarifgemeinschaft, die sich über ganz Deutschland erstrecken soll. Das mögen heute noch Zukunftspläne sein, allein die diesbezüglichen Verhandlungen in Berlin, Eisenach, Gießen und wiederum Berlin, sowie die Lehren, welche aus den noch kommenden Kämpfen gezogen werden dürften, verbürgen, daß einmal doch der Zeitpunkt einer Tarifgemeinschaft für die deutsche Holzindustrie kommen wird.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Holzarbeiter dürften insgesamt im Jahre 1907, schwerlich eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahlen erfahren haben. Was ihnen heute noch Ansehen verschafft, ist die innere Stärke, die in der großen Zahl treuer Mitglieder und der bei diesen anzutreffenden Opferwilligkeit ihren Ausdruck findet. Wäre letztere Tatsache nicht gegeben, so hätten Deutschlands Holzarbeiter gegenüber dem mächtig erstarkten Arbeitgeber-Verbande der deutschen Holzindustriellen einen äußerst schweren Stand. Wie letzterer arbeitet und innere Konflikte schnell aus dem Wege räumt, lehrt uns das im Herbst d. J. veranstaltete Geschrei von der „Prämierung der Dummheit und Faulheit“ wie es in Elm bei einem Durchschnittslundenlohn von 52 Pfg. geschehen soll und der Zweikampf Kahardt-Küfelhaus. Unter Leitung dieses Verbandes wurde die große Berliner Holzarbeiter-Aussperrung in Szene gesetzt und wer weiß, ob derselbe angesichts der auftauchenden Krise sich nicht wiederum zu einer ähnlichen Tat aufschwingt.

Die gegnerischen Holzarbeiterorganisationen halten ebenso wie der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im Jahre 1907 nicht den leichtesten Stand. Der soz. Holzarbeiter-Verband wurde durch den Berliner Kampf stark engagiert, und empfand hierdurch im Laufe des Jahres ein andauerndes Ruhebedürfnis bei Lohnbewegungen. Der vom 2. Vorsitzenden dieses Verbandes, im Anschluß an den internationalen Sozialistenkongress, einberufene internationale Holzarbeiter-Kongress hat nicht das gehalten, was man sich von ihm versprach.

Der Hirsch-Dunkerische Gewerkverein der Tischler konnte im Jahre 1907 den Mitgliederstand nicht ausbilden. Das Verhalten dieses Verbandes bei der Aussperrung in Berlin und dem Streik in Südbek, sowie auch das starke Eintreten des Arbeitgeber-Verbandes für denselben, hat ihm die Sympathien der deutschen Holzarbeiter gewiß nicht eingetagen. Es ist zu verstehen, wenn diese Organisation sich durch ihr Verhalten eine starke Bekämpfung seitens des soz. Holzarbeiterverbandes gefallen lassen mußte.

Der vom soz. Verbands gegen den Zentralverband christl. Holzarbeiter geführte Kampf spielte sich in milderen Formen ab, als man dieses in früheren Jahren gewohnt war. Wenn hier und da noch mit unangenehmen Mitteln seitens unserer Gegner gekämpft wurde, so darf denn doch bei der Betrachtung des Gesamtens ein Fortschritt gegen früher nicht verkannt werden. Die Terroristatfälle haben schwerlich, dank dem „auf dem Posten“ unserer Kollegen, zugenommen. Es braucht nur an Bremen erinnert zu werden, wo die Holzgenossen, als sie wegen der Nichtzulassung unserer Mitglieder in den Streik traten, eine schändliche Niederlage erlitten. Ihre eigene Fachpresse hat bis heute noch nicht den Mut gefunden, über den Bremer Boykott zu berichten. Sie schlägt vielmehr die Schuld ein, nunmehr die Christlichen des Terrors zu bekämpfen. Im Hinblick hieran sei das in Hamburg gefällte Urteil registriert, nach dem die Freisprechung von 18 des Verbandes, welche ein Mitglied des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter wegen seiner Organisationszugehörigkeit außer Arbeit und Brot gebracht hatten, erfolgte, ein unumkehrbares Urteil, das, wenn es überall bei solchen Vorkommnissen gefällig würde, die ge-

richtliche Sanktionierung des soz. Terrors und die Bogelfrei-Erklärung der christl. organisierten Arbeiter bedeutete.

Die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter hat im Jahre 1907 den bezgl. der Mitgliederzahl gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Der im 2. Quartal erzielte annehmbare Mitgliederzuwachs wurde durch die folgenden Quartale annähernd wieder ausgeglichen. Gründe hierfür mag's genug geben, litt doch nicht nur unser Verband, sondern die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung unter einer solchen Stagnation. Der Gedanke, daß es anderen Verbänden ebenso gegangen, ist jedoch ein recht schwacher Trost.

Immerhin gelang es dem Verbands im Jahre 1907 neue Gebiete zu erschließen; im Braucheler, Pfälzer und Hirschhaider Gebiete fand er unter den Korbmachern Eingang und unter den Bürstenmachern des Wiesentals weitere Verbreitung.

Schädigend in der Entwicklung war dem Verbands die im Jahre 1907 von den Arbeitgebern sehr reichlich geübte Maßregelungspraxis. Eine Anzahl in der Entwicklung begriffener Zahlstellen fielen dieser zum Opfer. Die kommende Krise wird schwerlich nach dieser Seite hin eine Besserung mit sich bringen. Die Saat, die an Orten ausgestreut, wo die Arbeitgeber so verfahren, wird jedoch nicht verkommen und einmal wird sich der Organisationsgedanke auch hier mit elementarer Macht bei der Arbeiterkraft Durchbruch verschaffen.

Schon die Erfolge, die der Verband im Jahre 1907 durch die von ihm geführten Kämpfe errungen, bürgen dafür, daß der Organisationsgedanke nicht erlischt. Zwar zeitigte das Berichtsjahr nicht die vielen Kämpfe wie seine Vorgänger. Weniger Kämpfe, aber desto größer und intensiver geführt, das war die Signatur. Berlin, der Schwarzwald und Nürnberg sind Beweise dafür. Mit welcher Hartnäckigkeit wird nicht schon der seit dreiviertel Jahre andauernde Kampf der Bürstenarbeiter in Nürnberg geführt?

Die Kampfergebnisse würden nicht uninteressant sein, soweit sie feststellen läßt — genauere Angaben können erst später erfolgen — was es dem Verbands im Jahre 1907 möglich, durch die geführten Lohnbewegungen und Kämpfe, für die Dauer der abgeschlossenen Verträge, zumist des Jahres — den Mitgliedern eine

Lohnerhöhung von ca. 1400000 Mk.
und eine

Arbeitszeitverkürzung von ca. 160000 Tagen zu erringen. Wahrlich Erfolge, die der gedachten Opferwert sind, und mehr bedeuten, als das Wohlwollen, das man in Regierungskreisen der christl.-nationalen Arbeiterbewegung bekundet.

Die Erfolge legen auch Zeugnis ab von der erstarkten Leistungsfähigkeit des Verbandes. Trotz der selben doch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1907 an Streikunterstützung aus der Hauptkasse allein 84828,78 Mk. gegenüber 61910 Mk. die in allen vier Quartalen des Jahres 1906 an Streik- und Maßregelungsunterstützung verausgabt wurden.

Gegenüber dieser Summe sind die für die Nürnberger Streikenden an Extrabeiträgen bis heute eingegangenen 4000 Mk. verschwindend. Trotzdem wird auch in Nürnberg der Verband Wandel schaffen. Schon blüht die Gewerkschaftsfabrik und sichert für die Zukunft der Nürnberger Arbeiterkraft die Unabhängigkeit. Und jeder von den Nürnberger Fabrikanten angestrebter Streikprozeß ist nur ein Beweis für den Umschwung der Dinge.

Neben den Kämpfen aber vernachlässigte der Verband auch die sonstigen Aufgaben nicht. Die vom vorjährigen Verbandstage beschlossene Krankenunterstützung trat am 1. August in Kraft und wurden bereits in den ersten zwei Monaten für diesen Zweck 2835 Mk. aus der Hauptkasse verwandt. Welch großen Wert die Unterstützungsleistungen des Verbandes haben, und wie dieselben oft von den Kollegen verkannt werden, zeigte sich vor allem in Neurath i. Rh. Hier trafen im III. Quartal annähernd 250 Mitglieder, die auf der Solinger Steinfabrik beschäftigt waren, wegen sehr fadenbüchiger Gründe aus dem Verbands aus. Kaum vor der Niederst. erkrankte, konnte der Betrieb ab und 6-700 Menschen waren arbeitslos. Die Arbeitslosenunterstützung hatten sich die Kollegen verschert.

Vervorgelassen verdient dann auch noch die Tätigkeit des Verbandes unter den heimarbeitenden Korbmachern. Anders gelagerte Verhältnisse bedingen hier auch andere gewerkschaftliche Arbeitsmethoden. So wurde mit Hilfe des Verbandes im Braucheler Revier der gemeinsame Bezug von Materialien durchgeführt.

Der inneren Festigung des Verbandes soll das am 1. April d. J. neuerrichtete Sekretariat in Berlin dienen und der wüthigen den Organisationen der christlichen Holzarbeiter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag wird diesem Zweck auch nur förderlich sein.

Das Jahr 1907 mit seinen Enttäuschungen und erfüllten Erwartungen liegt nunmehr hinter uns; ein Jahr des Kampfes und des Erfolges. Und immer wieder lehrt uns alles, was

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Zu beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Ulrich a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

kosten die dreispaltige Petitzeile 30 Pfg. Stellenvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 52.

Cöln, den 27. Dezember 1907.

VIII. Jahrgang.

Ein
glückseliges neues Jahr
wünscht allen Verbandsmitgliedern:
Die Verbandsleitung.

Rückblick.

1907 — ein Jahr mehr im Zeitenlauf; ein Jahr Kampf um die Arbeiterfrage ist wieder dahin.

Und da sich die neuen Tage
Aus dem Schutt der alten bauen,
Kann ein ungetrübtes Auge
Rückwärts blickend, vorwärts schauen.

Ein Rückblick am Jahreschlusse ist wohl nirgends angebrachter als in der Arbeiterbewegung, in der sich das Werden eines Standes verkörpert. Der auf- und vorwärtstrebende Arbeiterstand muß aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Das Wissen des Geschehenen heißt die Welt, dasjenige verstehen, womit die Arbeiterbewegung unserer Tage zu rechnen hat. Und was zeigt uns das Jahr 1907? Daß die Arbeiterschaft in Zukunft noch mehr wie bisher ihrer eigenen Kraft vertrauen muß, daß sie vor allem ihr Heil nicht in erster Linie von jener Institution erwarten kann, welche die Gemeinschaft aller darstellt, dem Staate und deren Vertreterin, der Regierung.

Im Anfange des Jahres rief die Regierung das Volk zu neuen Parteinennungen. Es galt zu erwarten, daß der im Vorjahre im Reichstage zurückgeworfene Entwurf bezgl. der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die weitesten Volkskreise von der trostlosen Lage der deutschen Sozialpolitik überzeugt hätte und daß diese unter solchem Eindruck durch die Wahl zu Gunsten einer energiegelassen Fortführung staatlicher sozialer Maßnahmen demonstriert hätten. Die Wahl vollzog sich indes in einem anderen Rahmen.

Bei der Eröffnung des Reichstages betonte die Thronrede die Fortführung der deutschen Sozialpolitik in den bewährten Bahnen. Es folgte: bei der preussischen Arbeiterschaft die Anwendung des früher beschlossenen § 23 des Einkommensteuergesetzes, der Satz des sozialreformierenden Staatsministers des Innern von Posadowski, die Erklärung des neuen Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg zur Fortführung der Sozialreform in bewährten Bahnen auf dem 2. deutschen Arbeiterkongress und — der als Kulturfortschritt gepriesene Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes. In Preußen-Deutschland gehen die Minister, aber der Geist, der ein modernes Arbeiterrecht nicht kennt, er schwindet nicht.

Heute wie früher und morgen wie heute denkt man sich in Preußen-Deutschland unter einem nationalgeleiteten Arbeiter eine solche Person, die alle anderen Leute vom Polizisten aufwärts als Autoritäten ansetzt und die mit stark entwickeltem Untertanenerfassen ehrsüchtigvoll all jenes anschaut, was Arbeitgeber und sonstige „Herren“ aus „sozialem Empfinden“ heraus an Wohlfahrtspflege leisteten. Nur so ist es zu verstehen, wenn den zu Pfingsten in Hamburg versammelten „Reichstreuen“ Arbeitervereinen die wärmste Anteilnahme an ihren Bestrebungen aus Regierungskreisen heraus zugesichert wurde. Unsere Zeit ist noch nicht reif für eine uneingeschränkte Anerkennung selbständiger und selbstbewusster Arbeit der Arbeiterbewegung.

Die Reichstagswahl, wie ihr Ausfall auch sonst sein mag, hat das soziale Gewissen der Herrschenden nicht geschärft und auf dem durch sie gelockerten Boden, konnte dann im Jahre 1907 auch die durch Arbeitgeber geleitete und von manchen einflussreichen Leuten sorgsam gepflegte Kraft gegeben, die zur Genüge unter dem Namen gelbe Gewerkschaften, nationale, reichstreue und vaterländische Arbeitervereine bekannt ist. Ein Volk, das seiner Schande nicht danken wollen.

Wahrlich hieß es nach der Reichstagswahl seitens der christlich-nationalen Arbeiterschaft und heute? Die gelbe Bewegung schießt üppig in's Kraut und jede selbständige Arbeiterbewegung hat gegenüber dem Unverstand der verschiedensten Kreise einen äußerst schwierigen Stand. Selbst der so glanzvoll verlaufene II. deutsche Arbeiterkongress hat soweit sich überschauen läßt, nicht vermocht, die indifferenten Arbeitermassen aufzurütteln, und den bei der Reichstagswahl entstandenen nationalen Gedanken in nationale Taten sozialer Art, bei Regierung und Bürgertum umzusetzen.

Was die Arbeiterschaft im Laufe des Jahres sich hat eringen können, verdankt sie einzig und allein dem Vertrauen auf ihre eigene Kraft in der gewerkschaftlichen Organisation. So bedeutungsvoll auch die

politische Betätigung sein mag — die Tatsache, daß 1907 sieben Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den Reichstag einzogen, soll durchaus nicht als etwas untergeordnetes gelten, — die Wurzel der Kraft, mit deren Hilfe die Arbeiterschaft, allen Schwierigkeiten zum Trotz, ihre Emanzipation durchführen kann und will, liegen in der Selbsthilfe und der durch diese bedingenen Organisation. Das Jahr 1907 hat hierfür wiederum den Beweis erbracht.

Der Standpunkt der „Herren im Hause“ und der Ruf: „Wir verhandeln nicht“ werden infolge der von der Arbeiterschaft geführten Kämpfe von den Arbeitgebern bereits revidiert. Schon hat der Zentralverband der Metallindustriellen in verschiedenen Industriezweigen und Gegenden andere Parolen gelten lassen. Ihnen werden die Gewaltigen des Bergbaues folgen müssen. In den Arbeitgeber-Verbänden deren Mitglieder meist Inhaber kleinerer und mittlerer Betriebe sind und die sich schon in etwa mit Verhandlungen abgefunden hatten, setzte sich diese Entwicklung im Jahre 1907 fort.

Wie im Baugewerbe, macht sich besonders auch in der Holzindustrie nicht nur die Tendenz zum Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen bemerkbar, sondern auch die zum Abschluß einer Tarifgemeinschaft, die sich über ganz Deutschland erstrecken soll. Das mögen heute noch Zukunftspläne sein, allein die diesbezüglichen Verhandlungen in Berlin, Eisenach, Cassel und wiederum Berlin, sowie die Lehren, welche aus den noch kommenden Kämpfen gezogen werden dürften, verbürgen, daß einmal doch der Zeitpunkt einer Tarifgemeinschaft für die deutsche Holzindustrie kommen wird.

Die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Holzarbeiter dürften insgesamt im Jahre 1907, schwerlich eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahlen erfahren haben. Was ihnen heute noch Ansehen gewährleistet, ist die innere Stärke, die in der großen Zahl treuer Mitglieder und der bei diesen anzutreffenden Opferwilligkeit ihren Ausdruck findet. Wäre letztere Tatsache nicht gegeben, so hätten Deutschlands Holzarbeiter gegenüber dem mächtig erstarkten Arbeitgeber-Verbande der deutschen Holzindustriellen einen äußerst schweren Stand. Wie letzterer arbeitet und innere Konflikte schnell aus dem Wege räumt, lehrt uns das im Herbst d. J. veranstaltete Gelfest von der „Prämierung der Dummheit und Faulheit“ wie es in Cöln bei einem Durchschnittshundenlosh von 52 Pfg. geschehen soll und der Zweikampf Kahardt-Küfelhaus. Unter Leitung dieses Verbandes wurde die große Berliner Holzarbeiter-Aussperrung in Szene gesetzt und wer weiß, ob derselbe angeht, der auftauchenden Krise sich nicht wiederum zu einer ähnlichen Tat aufschwingt.

Die gegnerischen Holzarbeiterorganisationen halten ebenso wie der Zentralverband christlicher Holzarbeiter im Jahre 1907 nicht den leichtesten Stand. Der soz. Holzarbeiter-Verband wurde durch den Berliner Kampf stark engagiert, und empfand hierdurch im Laufe des Jahres ein andauerndes Ruhebedürfnis bei Lohnbewegungen. Der vom 2. Vorhaben dieses Verbandes, im Anschluß an den internationalen Sozialistenkongress, einberufenen internationalen Holzarbeiter-Kongress hat nicht das gehalten, was man sich von ihm versprach.

Der Hirsch-Dunderische Gewerkverein der Tischler konnte im Jahre 1907 den Mitgliederstand nicht aufhalten. Das Verhalten dieses Verbandes bei der Aussperrung in Berlin und dem Streik in Lübeck, sowie auch das starke Eintreten des Arbeitgeber-Verbandes für denselben, hat ihm die Sympathien der deutschen Holzarbeiter gewiß nicht eingetragen. Es ist zu verstehen, wenn diese Organisation sich durch ihr Verhalten eine starke Bekämpfung seitens des soz. Holzarbeiterverbandes gefallen ließ.

Der vom soz. Verbands gegen den Zentralverband christl. Holzarbeiter geführte Kampf spielte sich in milderen Formen ab, als man dieses in früheren Jahren gewohnt war. Wenn hier und da noch mit wüsten Mitteln seitens unserer Gegner gekämpft wurde, so darf denn doch bei der Betrachtung des Gesamten ein Fortschritt gegen früher nicht verkannt werden. Die Terrorismustfälle haben schwerlich, dank dem „auf dem Posten sein“ unserer Kollegen, zugenommen. Es braucht nur an Bremen erinnert zu werden, wo die Holzgenossen, als sie wegen der Nichtentlassung unserer Mitglieder in den Streik traten, eine schmachvolle Niederlage erlitten. Ihre eigene Fachpresse hat bis heute noch nicht den Mut gefunden, über den Bremer Verfall zu berichten. Sie schlägt vielmehr die Taktik ein, man mehr die Christlichen des Terrors zu beschuldigen. Im Anschluß hieran sei das in Hamburg gefällte Urteil registriert, nach dem die Freisprechung von 18 soz. Verbänden, welche ein Mitglied des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter wegen seiner Organisationszugehörigkeit außer Arbeit und Brot gebracht hatten, erfolgte, ein unverständliches Urteil, das, wenn es überall bei solchen Vorkommnissen gefällt würde, die ge-

richtliche Sanktionierung des soz. Terrors und die Vogelfrei-Erklärung der christl. organisierten Arbeiter bedeutete.

Die Entwicklung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter hat im Jahre 1907 den bezgl. der Mitgliederzahl gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Der im 2. Quartal erzielte annehmbare Mitgliederzuwachs wurde durch die folgenden Quartale annähernd wieder ausgeglichen. Gründe hierfür mag's genug geben, litt doch nicht nur unser Verband, sondern die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung unter einer solchen Stagnation. Der Gedanke, daß es anderen Verbänden ebenso gegangen ist, jedoch ein recht schwacher Trost.

Immerhin gelang es dem Verbands im Jahre 1907 neue Gebiete zu erschließen; im Bracheler, Pfälzer und Hirschhaider Gebiete fand er unter den Korbmachern Eingang und unter den Bürstenmachern des Wiesentals weitere Verbreitung.

Schädigend in der Entwicklung war dem Verbands die im Jahre 1907 von den Arbeitgebern sehr reichlich geübte Maßregelungspraxis. Eine Anzahl in der Entwicklung begriffener Zahlstellen fielen dieser zum Opfer. Die kommende Krise wird schwerlich nach dieser Seite hin eine Besserung mit sich bringen. Die Saat, die an Orten ausgestreut, wo die Arbeitgeber so verfahren, wird jedoch nicht verkommen und einmal wird sich der Organisationsgedanke auch hier mit elementarer Macht bei der Arbeiterschaft Durchbruch verschaffen.

Schon die Erfolge, die der Verband im Jahre 1907 durch die von ihm geführten Kämpfe errungen, bürgen dafür, daß der Organisationsgedanke nicht erlischt. Zwar zeitigte das Berichtsjahr nicht die vielen Kämpfe wie seine Vorgänger. Weniger Kämpfe, aber desto größer und intensiver geführt, das war die Signatur. Berlin, der Schwarzwald und Bamberg sind Beispiele dafür. Mit welcher Hartnäckigkeit wird nicht schon der dreiwertel Jahre andauernde Kampf der Bürstenarbeiter in Bamberg geführt?

Die Kampfkosten würden nicht umsonst gebracht. Soweit sich feststellen läßt — genauere Angaben können erst später erfolgen — war es dem Verbands im Jahre 1907 möglich, durch die geführten Lohnbewegungen und Kämpfe, für die Dauer der abgeschlossenen Beträge, zumiß drei Jahre — den Mitgliedern eine

Lohnerhöhung von ca. 1400 000 M.
und eine

Arbeitszeitverlängerung von ca. 160 000 Tagen zu erringen. Wahrlich Erfolge, die der gebrachten Opfer wert sind, und mehr bedeuten, als das Wohlwollen, das man in Regierungskreisen der christl.-nationalen Arbeiterbewegung bekennt.

Die Erfolge legen auch Zeugnis ab von der erstarkten Leistungsfähigkeit des Verbandes. Fast derselbe doch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1907 an Streikunterstützung aus der Hauptkasse allein 84823,78 M. gegenüber 61910 M. die in allen vier Quartalen des Jahres 1906 an Streik- und Maßregelungsunterstützung verausgabt wurden.

Gegenüber dieser Summe sind die für die Ramberger Streikenden an Extrabeiträgen bis heute eingegangenen 4000 M. verschwindend. Trotzdem wird auch in Bamberg der Verband Wandel schaffen. Schon blüht die Genossenschaftsfabrik und sichert für die Zukunft der Ramberger Arbeiterschaft die Unabhängigkeit. Und jeder von den Ramberger Fabrikanten angestregter Streikprozeß ist nur ein Beweis für den Umschwung der Dinge.

Neben den Kämpfen aber vernachlässigte der Verband auch die sonstigen Aufgaben nicht. Die vom vorigjährigen Verbandstage beschlossene Krankenunterstützung trat am 1. August in Kraft und wurden bereits in den ersten zwei Monaten für diesen Zweck 2835 M. aus der Hauptkasse verwandt. Welch großen Wert die Unterstützungsrichtungen des Verbandes haben, und wie dieselben oft von den Kollegen verkannt werden, zeigte sich vor allem in Neustadt i. W. Hier traten im III. Quartal annähernd 250 Mitglieder, die auf der Gossentiner Stahlfabrik beschäftigt waren, wegen sehr sadenheitsvoller Gründe aus dem Verbands aus. Kaum war der Austritt erklärt, brante der Betrieb ab und 6-700 Menschen waren arbeitslos. Die Arbeitslosenunterstützung hatten sich die Kollegen versichert.

Hervorgehoben verdient dann auch noch die Längkeit des Verbandes unter den heimarbeitenden Korbmachern. Anders gelagerte Verhältnisse bedingen hier auch andere gewerkschaftliche Arbeitsmethoden. So wurde mit Hilfe des Verbandes im Bracheler Revier der gemeinsame Bezug von Materialien durchgeführt.

Der inneren Festigung des Verbandes soll das am 1. April d. J. neuerrichtete Sekretariat in Berlin dienen und der zwischen den Organisationen der christlichen Holzarbeiter Deutschlands, Osterreichs und der Schweiz abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag wird diesem Zwecke auch nur förderlich sein.

Das Jahr 1907 mit seinen Enttäuschungen und erfüllten Erwartungen liegt nunmehr hinter uns; ein Jahr des Kampfes und des Erfolges. Und immer wieder lehrt uns alles, was

Im Jahre 1907 ereignete, daß das Vertrauen auf die eigene Kraft nicht erlahmen darf, daß in der Gewerkschaft, im Verbands, vorerst noch die Hauptarbeit für den Arbeiterstand geleistet wird. Setzt sich dieser Gebanke in allen Kollegienkreisen durch, dann wird die Zukunft weniger Enttäuschungen, aber desto mehr Erfolge in sich bergen, dann werden auch die Kämpfe des kommenden Jahres die im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter organisierte Kollegenschaft gewappnet finden.

Einiges vom Gelde.

Privateigentum und Arbeitsteilung sind die Voraussetzungen des Tausches. Dieser ist auf der primitivsten Entwicklungsstufe ein Naturaltausch, d. h. zwei verschiedenartige aber jeweils vom Nichtbesitzer begehrte und vom Arbeiter nicht gebräuchliche Güter werden gegeneinander ausgetauscht (Werkzeug gegen Vieh usw.). Allmählich bildet sich dann ein allgemeines Tauschmittel heraus, wodurch Käufe und Verkäufe vom Augenblicksbedarf mehr losgelöst werden. Man kann nun auch kaufen ohne gerade jene Ware zu besitzen, die der Verkäufer entgegennehmen möchte, indem diesem der Güterwert in einer entsprechenden Menge des allgemeinen Tauschmittels erstattet wird. Mit diesem ersticht sich der so bezahlte, dann das von ihm gewünschte Produkt, von einem Dritten usw. Auf der anderen Seite kann nun auch verkauft werden, ohne daß man einen Gegenlauf abzuschließen wünscht, man zieht einfach das Tauschmittel ein und verwahrt es auf Zeiten späterer Bedürftigkeit, anstatt es sofort in andere Güter umzusetzen. So wird der persönliche Tausch nach und nach zum allgemein gesellschaftlichen Handel, die Ansammlung von Tauschmitteln ist die Bürgschaft künftiger Kaufkraft, das allgemein anerkannte Tauschmittel wird zum Hauptbestandteil der Güterwerte; die Besitzverhältnisse werden mehr abstrakt, d. h. sie sind nicht mehr an das Vorhandensein bestimmter Gütermengen, sondern an das Eigentum an Tauschmitteln, Wertrepräsentanten, geknüpft.

Als erstes Tauschmittel dörfen wir wohl auf primitiveren Wirtschaftsstufen das geschlägerte und begehrte Vieh betrachten. Eine Handhabung hatte aber leicht ersichtliche Unbequemlichkeiten. Vieh ist weder leicht transportierbar, noch leicht aufbewahrbar, noch unzerstörlich, noch unverfälscht zu konservieren, noch teilbar. Bestimmte Eigenschaften, die Teilbarkeit, muß aber unbedingt dem allgemeinen Tauschmittel auch anhaften, sonst können ja immer nur jene gerade zufällig gleichwertigen Waren eingetauscht werden. Das Bedürfnis nach einem handlicheren, leblosen Tauschmittel mußte deshalb mit der Komplizierung des wirtschaftlichen Lebens wachsen. Kann konnte ein Gegenstand gefunden werden als das Metall, das sowohl wertvoll und allgemein begehrte, als auch leicht zu handhaben, bequem aufzubewahren, sogar ohne große Schwierigkeit vor Feinden und Dieben zu verbergen und bis ins Kleinste teilbar ist. Das sah dann im Laufe der Zeit unter den verschiedenen Metallen, Eisen vor allem, die Edelmetalle, Silber und Gold, den ersten Platz als allgemeine Tauschmittel erlangen haben, erfüllt die Schönheit, Schönheit und Begehrtheit dieser Metalle. Wo die Geldzahlung — darunter wollen wir von nun an die Zahlung mit Metallen verstehen, wie wohl man als Geld auch jedes allgemein anerkannte Tauschmittel betrachten darf — mehr aufkam, läßt sich heute schwer nachweisen. Sonstige Zeit ließ sie jedenfalls neben dem allgegenwärtigen Naturaltausch her mehr auf den Verkehr mit großen Wirtschaften z. B. landwirtschaftlichen Domänen usw. beschränkt. Der Handel ist sicher schon sehr alt, aber auch Naturaltausch an die politischen Territorialherren kommen bis tief in die allgemeine Weltwirtschaft hinein vor. Natürlich war es der erweiterte Handel, der geschäftliche Verkehr mit auswärtigen, reicheren Kaufleuten, von Messe zu Messe wandernden Krämeren usw., die den Geldverkehr zuerst in unsern privaten Tauschverhältnissen einführt.

Jede Münze wird das Geld durch die Prägung, deren Berechtigung meist das Vorrecht privilegierter Herrscher resp. der Territorialbehörden war. Sie ist eigentlich eine einfache Wertbeglaubigung durch eine obrigkeitliche Instanz. Hierbei wurde zunächst wenigstens im Prinzip streng darauf festgehalten, daß der wirkliche Marktwert des zur Münze verarbeiteten Metalls der ihr angeprägten Summe entspricht, d. h. daß eine einschmelzbare Münze aus Silber oder Gold nur so viel Geld verlangt werden konnte wie ihr vorheriger Marktwert war. Dies Prinzip ändert aber an der heutigen Lage gar nichts, daß viele Gemünzungen der Münzregal in einem Vollebetrag zu einer Quelle unkontrollierter Gewinne für sich annehmen, indem sie von dem, der angeprägten Summe entsprechenden Gehaltsgehalt abspitzen.

Je mehr der Geldverkehr zur üblichen Form des Gütertauschs wird, desto mehr nimmt das geringste Edelmetall die Bedeutung eines Maßes des Warenpreises an. Die der Zeit der Ur- und Bronzezeit, der Hellenen die Leinwandgrade angeht, so wird das Geld den Warenwert. Es heißt ihn nicht ein Wert und Preisbildner, sondern ein Maß, die sich in der Tiefe der Weltwirtschaft ausbilden und in den entsprechenden Schichten nur ihren Wert, wie wir wissen, zeigen lassen können. (Nicht nur, sondern vielmehr gibt es an, in welchen Preisverhältnissen die einzelnen Güter zu einander stehen.)

Mit der Höherentwicklung der Staatsgewalt wird es vor allem mit der inneren Sicherung in den Privatverhältnissen und Rechtshandlungen wird die Schaffung eines sog. geschäftlichen Zahlungsmittels notwendig, d. h. von den handelnden Parteien und dem Volk ausgehenden minderwertigen Zahlungsmitteln (Papiergeld z. B.) wird eine oder mehrere ausgegeben, die den wirklichen Wert repräsentieren und als geschäftliches Zahlungsmittel gelten können. Dies nennt man Zahlungsgeld, es ist die Geldart, in welcher jeder Mensch nicht etwas Anderweitiges durch verwenden mußte, seine Zahlungen vertragen kann und der bezahlt werden muß. Bekanntlich hat z. B. der Kaiser nach der O. D. seinen Sohn in Zahlungsgeld zu beauftragen. Im Zahlungsgeld wurde aus anderen Silber oder Gold verfertigt.

Welt- und nationalpolitische Ereignisse legen das moderne Zahlungswesen voraus. Zunächst kommt die Edelmetallbereicherung der alten Kulturländer durch die überseeischen Entdeckungen, sowie die Entwicklung des Kolonial- und später Welthandels in Frage, und dann spielt die Schaffung der sog. Nationalstaaten, die politische Konzentrierung der zahllosen für sich wirtschaftenden Territorien, Städte, Fürstentümer, Herzogtümer usw. zu einem einheitlichen Staatswesen eine große Rolle. Das preussische Königreich ist der erste deutsche Staat, welcher schon im 18. Jahrhundert eine planmäßige Politik der Edelmetallanlockung betrieb. Dieser Staat hat dann später ja auch so bedeutsam zur Einigung der zahllosen zerstückelten deutschen Staaten und Städtlein und damit zur Vereinheitlichung des Münz- und Zahlungswesens beigetragen.

Seit der Reichsbildung erfreuen wir uns einer Reichswährung, die sich eine solide Goldgrundlage gegeben hat. Vorher hatten die verschiedensten deutschen Staaten die Silberwährung, auch kam es vor, daß Gold und Silber mit gesetzlicher Anerkennung neben einander herliefen, woraus sich natürlich zahllose Ungelegenheiten ergaben. Das zum Zahlungsgeld erhobene Metall muß nämlich eine Ware darstellen, die selbst möglichst wenig im Preise schwankt; im Wechsel der Preisbildung muß es einen konstanten Faktor geben, an dem die Veränderungen der übrigen Güterpreise gemessen werden können und als solcher ist nur ein dauernd wertvolles, auch anderweitig in der Produktion verwertbares und stets selten bleibendes Metall zu brauchen. Das Silber weist diese Eigenschaften weniger selten auf als das Gold, weniger begehrte ist es, weil es weniger selten ist und es ist plötzlichen Preisstürzen dadurch ausgesetzt, daß immer neue Silberfunde gemacht werden, die die Bedürfnisse des Geldmarktes und sogar der Silberverarbeitung zu Schmutz usw. weit übersteigen. Als die solideste Währung gilt deshalb heute allgemein die Goldwährung, die am frühesten und erfolgreichsten England eingeführt hat. Deutschland hat in Form der nunmehr eingezogenen Laler einen kimmerlichen Rest alter Silberwährungen über ein Viertel Jahrhundert herumgeschleppt, wir hatten also bis zu dem die Laler bezeugenden Bundesratsbeschlusse eine sog. hinführende Währung, d. h. eine solche, die neben dem hauptsächlichsten Zahlungsmittel noch ein zweites als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannte.

Das Zahlungsgeld kann nun vollwertig sein, d. h. der Warenpreis des in einer Münze enthaltenen Metalls beträgt so viel wie die Prägung angeht. In diesem Falle kann es jedem freistehen, sich aus Edelmetall Geld machen zu lassen, weil niemand dabei eine Bereicherung erfährt. Diesen Zustand nennt man Freiprägbarkeit. Weniger solide und auf die Dauer der Volkswirtschaft weit gefährlicher kann unterwertiges Zahlungsgeld sein, weil bei ihm der wirkliche Warenwert nicht dem Münzwert entspricht.

Im internationalen Austausch verrät sich dann das Mißverhältnis zwischen dem Münzwert des nationalen Goldes und dessen wirklicher Kaufkraft auf dem Weltmarkt. Das bringt leicht Preiserschütterungen im Inland mit sich, denn auf die Dauer kann man doch in einem Lande mit minderwertiger Währung nicht dieselben Preise bezahlen, wie in Ländern mit soliderer Währung, vielmehr werden die Preise einfach so lange steigen, bis man mit dem unterwertigen Gelde eben um so viel weniger kaufen kann, als es unterwertig ist. Die Inlandspreise werden also hoch, die Auslandspreise im Vergleich dazu niedrig stehen. Das Ausland wird das minderwertige Geld als Zahlungsmittel verweigern und vollwertiges verlangen; was also an Geld vorhanden ist, wird als Zahlungsmittel in das Ausland strömen, das Inland wird immer geldärmer werden und sich jede Hoffnung auf eine Samierung seines Zahlungswesens selbst rauben müssen.

Über ein weiteres Geschäftspann. Bei unterwertigem Zahlungsgelde herrscht natürlich keine Freiprägbarkeit, sonst könnte ja jeder aus seinem billigen Silber sich überwertiges Geld herstellen lassen. An die Stelle der Freiprägbarkeit tritt das sog. Sperrgeldsystem, d. h. nur die Regierung hat das Recht der Prägung, das aber für sie natürlich nur ganz vorübergehend eine Einnahmequelle ist, weil sich die Warenwertenerkung bald dem verminderten Geldwert anpassen wird. Inzwischen basiert die ganze Preisbildung mehr oder weniger auf der regierungsmäßigen Währungspolitik. Kommt nun durch Krieg oder Revolution eine Regierung in Mißkredit, tritt gar der Staatsbankrott ein, so wird von dem minderwertigen Gelde sofort der Handel der es funktionierenden Staatseinnahmen weichen. Wenn sich die Warenpreise ihm schon angepaßt, was aber doch nur allmählich geschehen wird, so ist dies nicht so schlimm, als wenn es noch eine über seinen Wert gehende Kaufkraft hätte und nun unpföhllich gewaltig entwertet wird. Das dabei zahllose Entsetzungen vernichtet, einheimische Gewerbetreibenden ruiniert und Millionen von kleinen Leuten um den Wert des größten Teils ihres Lebensbesitzes und vor allem ihrer Ersparnisse kammern, ist unangenehm.

Wir haben somit aus den angebotenen und noch anderen mehr komplizierten Gründen ein großes Interesse an einer soliden, wertvollen Währung und an der Festhaltung eines möglichst hohen im Preise bleibenden Edelmetalls als Zahlungsgeld. Wenn manche Erwerbsstände bei uns so sehr auf eine minderwertige Währung, Silberwährung drängen, so ist dies eine sehr langfristige Handelspolitik, die oft erst dann richtig ergriffen werden kann, wenn die Inlandschulden und Löhne in minderwertigen Gelde zu decken, sich aber als Gegenwert vom Ausland vollwertig sein Produkt bezahlen zu lassen.

Man wird aber wohl mancher Leser einwenden, wir haben doch gut keine neue Goldwährung, vielmehr präferieren doch Silber, Nickel und Kupfermünzen. Gewiß ist dies so; hier sind aber nicht Zahlungsgeld, sind nicht zum geschäftlichen Zahlungsmittel erhoben, vielmehr dienen sie nur dem Geldverkehr im Kleinen. Man muß von diesen Münzen nur bis zu einer bestimmten Höchstsumme als Zahlung annehmen (Kaiser hat zu 20 Mk., Nickel bis zu 1 Mk. usw.) was darüber hinausgeht, hat man in Gold zu beanspruchen. Es

ist wichtig, daß sich die lohnnehmenden Arbeiter und kleinen Handwerker dies merken, wie wohl bei uns dank solider Währungsgrundsätze das Wiederloswerden dieses Geldes nicht schwer ist. Dies liegt nämlich daran, daß es zwar allerdings erheblich minderwertig und damit nicht frei prägnant ist, aber daß der Staat seine Herstellung klugerweise nur auf das im Kleinstmaß der täglichen Zahlungen Gebrauchte beschränkt. Das Kontingent dieser sog. Scheidemünzen wird pro Kopf der Bevölkerung festgesetzt. Die neuerdings festgestellte Bevölkerungszunahme erfordert eine Erhöhung des Gesamtkontingents, und dazu werden die bereits eingezogenen Laler verwendet werden. Diese Laler waren, wie schon angedeutet, ein Rest alter Silberwährungen. Längst sind sie minderwertig geworden dank der gewaltigen Silberverbilligung; sie wurden aber als Sperrgeld vom neugegründeten Reich in seinem Währungsgefez anerkannt. Ihre Beseitigung ist ein deutliches Zeichen wachsenden Goldreichtums und gesteigerter Solidität unserer Währungspolitik.

Somit ist heute das Gold deutsches Zahlungsmittel und Währungsgrundlage der solidesten Staaten.

Haben wir aber nicht Papiergeld im Umlauf? Gewiß wir haben Reichskassen- und Reichsschahscheine, die eine Art von Schuldscheinen der goldaufnehmenden Regierung sind; sie dürfen aber nur in ganz beschränktem Maße herausgegeben werden, sobald sie tatsächlich stets durch des Reichs Goldbestand und Kredit gedeckt sind. Sehr wichtiges Zahlungsmittel sind vor allem unsere Banknoten. Wohl sind sie unstrittig aus Papier, aber jederzeit muß jede Filiale unserer Reichsbank sie auf Wunsch des Besitzers in Gold umwechseln; sie sind also faktisch so gut wie Goldmünzen. Die Gefahr, daß sie einmal nicht von der Reichsbank eingelöst werden können, ist durch gesetzliche Vorsichtsmaßnahmen verhütet. Die Banknoten dürfen nämlich auch nur bis zu einer gewissen Gesamtsumme herausgegeben werden. Außerdem sind sie durch Goldbestände der Reichsbank und so sichere Wechsel gedeckt, daß auch diese jederzeit im Notfall rasch zu Gold gemacht werden könnten. Wir leben also wirklich in einem Lande der Goldwährung und sind infolgedessen wie die übrigen Staaten goldbedürftig. Deshalb ist es im Interesse des Fortgangs und der Sicherung unseres einheimischen Geschäftslebens unbedingt geboten, daß Maßnahmen zur Goldfesthaltung getroffen werden. In unseren Tagen der Goldnot und Goldknappheit ist dies doppelt notwendig.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. Dez. bis 29. Dez. 1907 fällig ist.

Die Zahlstelle Wiesbaden erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 15 Pf.

Bis zum 22. Dezember gingen für die Streitenden in Ramberg ein:

- Düsseldorf: Jurnegen 5,30 Mk., Wegener 2,60 Mk., Heints 2,10 Mk.;
- Brenten: Moes 10 Mk., Gerling 4,20 Mk., Gabenkamp 1,80 Mk., Strifa 7,15 Mk.;
- Homburg v. d. S.: Ernt 9,80 Mk.;
- Brand: Lokalkasse 20 Mk.;
- Soest: Lokalkasse 5 Mk.;
- Regensburg: Lokalkasse 20 Mk.;
- Riel: 10 Mk.;
- Bedum: Lokalk. 11 Mk.;
- Colmar: Bauer 2,45 Mk.;
- Furtwangen 18,50 Mk.;
- Fisch-Seligenal: 4,25 Mk.;
- Deugnhausen: Henfelmeyer 19 Mk.;
- Wiesbaden: 10,80 Mk.;
- Steinau: 2,60 Mk.;
- Tirichent: Weigl 4,40 Mk., Haas 1,20 Mk.;
- Kempten: Lokalkasse 15 Mk.;
- Paderborn: Seebath 4,40 Mk.,
- Rassenberg 0,50 Mk.;
- Kaufbeuren: 5 Mk.;
- Oberhausen: Jansen 7,50 Mk., Koller 2,80 Mk., Mert 2 Mk.;
- Ruhrort: Lokalkasse 50 Mk., Schiewer 14,30 Mk.;
- Mhlen: 15 Mk.;
- Wald: 10,80 Mk.;
- Osnabrück: 27,50 Mk.;
- Münster: zu Weihnachten 100 Mk.;
- Göttingen: Lokalkasse 10 Mk., Krebs 7,50 Mk.;
- Rheine: 16 Mk.;
- Reichenhall: 7 Mk.

Summa: 466,95 Mk.

In der vorigen Nr. quittiert: 3577,08

Insgesamt: 4044,03 Mk.

Ueber vorstehende Selber wird dankend quittiert, und sehen wir weiteren Einfendungen entgegen.

Die Kassierer werden schon heute an die pünktliche Abrechnung erinnert. An den Feiertagen ist die beste Gelegenheit, mit den Vertrauensleuten abzurechnen und sonstige notwendige Vorbereitungen zu treffen.

Eine größere Anzahl Zahlstellen sandten noch keine Antwortschriften ein. Dieselben werden hiermit aufgefordert, das Besäumte nachzuholen.

Bei allen Geldsendungen bemerke man auf dem Abschnitt genau die Bestimmung des Geldes, ob Abrechnung, Monatszahlung für das 4. Quartal, Krankenkassenbeiträge oder Sammelgelder vorliegen.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Jung fort.

Jung ist fernzuhalten

von

Gelbeschreibern aller Branchen nach Sippfingere (Rufbe & Johann).

Verbandsmitglieder! Vergeht nicht die Sammlungen für die Kamberger Bürstenarbeiter.

Schreiner: Warendorf (Halsmann), Hennek-Sieg (Fabrik für Gebrauchsgegenstände), Solingen, Eilenburg (Kunze), Neu-Zosenburg.
 Sägearbeiter, Maschinisten und Blagarbeiter nach Neustadt, Hölzlebrud (Waden).
 Bürstenmacher nach Kamberg (Pfalz).
 Drechsler nach Barmen (Firma Justus, Sohn).
 Glaser nach Homburg v. d. S. (Denfeld.)

Berichte aus den Zahlstellen.

Kronach. Am 7. Dezbr. fand unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassabericht, 2. Wahl der Vorstandschafft, 3. Wünsche und Anträge. Die Versammlung hätte angesichts der wichtigen Tagesordnung besser d. h. vollzählig besucht sein müssen. Hoffentlich wird's in Zukunft besser. Zu Punkt 1 erstattete Kassierer Wich den Bericht. Daraus war zu ersehen, daß es mit unserer Lokalkasse schlecht bestellt ist. Hier müssen Mittel und Wege gefunden werden, um in Zukunft unsere Kassenverhältnisse besser zu gestalten, denn je mehr wir in der Kasse haben, desto mehr kann für die Mitglieder geleistet werden. Ueber den Stand der Mitglieder wurde mitgeteilt, daß sich die Zahl der Mitglieder im Laufe des Jahres verdreifacht hat. Punkt 2. Als erster Vorsitzender wurde wiederum Kollege Weberpals, Kollege Wich sen., welcher eine Wiederwahl als Kassierer ablehnte, wurde zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Derselbe hatte den Kassiererposten schon seit Gründung unserer Zahlstelle inne, wofür ihm auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei. Kollege Stumpf wurde als Kassierer, Wich jun. als Schriftführer, die Kollegen Doppel und Popp als Beisitzer gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftstaktel wurden die Kollegen Weberpals und Wich jun. gewählt. Sämtliche Genossen nahmen die Wahl an. Zu Punkt 3 wurde vom Kollegen Wich sen. der Antrag gestellt, einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. zu erheben, derselbe wurde jedoch bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Von unserm Sekretär Schwarzer-München erhielten wir einige Exemplare der „Uebersicht über die in letzter Zeit stattgefundenen Lohnbewegungen“ zugefandt, welche an die Mitglieder verteilt wurden. Dieselben mögen sie einer genaueren Durchsicht unterziehen, um zu ersehen, welchen Wert die Organisation hat. Nachdem noch verschiedene andere Punkte erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen. Da in der nächsten Versammlung noch sehr wichtige Punkte zu erledigen sind, hoffen wir, daß jeder Kollege anwesend ist.

Höchst. Bei den am 12. Dez. hier selbst stattgefundenen Gewerkegerichtswahlen wurde von den christlichen Arbeitern ein schöner Erfolg erzielt. Sie erhielten auf Grund des Verhältniswahlsystems 4 und die sozialdem. Gewerkschaften 8 Beisitzer. Die angebl. Bedeutungslosigkeit der Christlichen, wie sie in dem letzten sozialdem. Flugblatt hervorgehoben wurde, hat sich hier gezeigt. Der Antrag zu den Wahlen seitens der Arbeiter war ein starker. Insgesamt wurden 814 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten die sozialdem. Liste 561 und die christl. Liste 253 Stimmen. Leider konnten eine große Anzahl, zumeist christliche Arbeiter von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Einmal, weil nur ein Wahllokal vorhanden war, und besonders die Auswärtigen nicht stundenlang warten konnten; dann aber hauptsächlich durch die „Genossen“, die durch ihr gerades standaltes Benehmen das Wahlgeschäft erschweren, ja sogar unmöglich machen. Mehrere Tumulten spielten sich ab. Zeitweise war es ein lebensgefährliches Gedränge. Tische und Stühle wurden demoliert, das Klavier wurde beschädigt und der Wahlvorstand durch allerlei freche Zwischenrufe belästigt. Verschiedenemale versuchten die Genossenführer ihre Getreuen zur Ruhe zu mahnen, doch vergebens. Schließlich mußte die Wahl unterbrochen werden, um in einem Nebenlokal, unter einem starken Aufgebot polizeilicher Hilfe, fortgesetzt werden zu können. Stundenlang mußten die Wähler in diesem Gedränge stehen, und daher ist es erklärlich, daß viele auf ihr Wahlrecht verzichteten. Die Wahl selbst dauerte bis Nachts 12 Uhr. Auch vor dem Wahllokal spielten sich recht unheimliche Szenen ab. Rufe, wie Streifbrecher, Pfaffenbrüder u. dergl. zeigten so recht die sozialdem. Erziehung. Selbst sozialdem. Arbeiter enttrüsten sich vielfach über solches Gebahren.

Kösten. Schon wieder sind wir gezwungen, unser Verbandsorgan in Anspruch zu nehmen. Wie wir bereits in einer früheren Nummer mitteilten, wurde unser Vorsitzender Pawlowicz wegen seiner Tätigkeit für den Verband gemahngelassen. Die Firma Kröfel und Wachsmut glaubte durch diese Tat der Organisation einen Streich durch die Rechnung zu machen. Die Kollegen ließen sich jedoch nicht heirren. Seit der Zeit nun wird den Kollegen jedem Augenblick gesagt: „Wenn's ihnen nicht paßt, dann können Sie ja gehen.“ Daß nach derartigen Zuständen sich die Arbeiterschaft nicht sehnt, ist klar. Trotz der ständigen Reklame an den Anschlagtaulen lenken recht wenig Tischler ihre Schritte nach hier. Nur der Arbeitsnachweis des deutschen Holzarbeiterverbandes in Posen dirigiert seine Mitglieder hierher. Vor einiger Zeit stand in dem roten polnischen Organ in Posen eine Notiz, die besagt: „Kollegen, die nach Kösten in Arbeit treten wollen, haben sich vorher Auskunft aus dem Verbandsbureau zu holen.“ Daß diese Auskunft nicht gut ausfallen konnte, dafür wurde von Kösten aus gesorgt. Aber kaum war die Stelle des Kollegen Pawlowicz frei, als auch schon ein „Genosse“ dieselbe besetzte. Dieses geschah nur zu dem Zweck, dem roten Verband hier Eingang zu verschaffen. Daß durch derartige schändliche Befehle der Stelle eines gemahngelassenen Kollegen der Arbeitgeber in seiner Macht gestärkt wird, wird den Führern des roten Verbandes doch wohl auch einleuchten. Die Konsequenz aus diesem Treiben ziehen die Kollegen in Kösten bereits. In voriger Woche ist schon ein Kollege vom roten Verbands übergetreten. An den Kollegen von Kösten aber liegt es, dahin zu wirken, daß die Worte des Kollegen Schopohl, der am Sonntag den 15. Dez. zur außerordentlichen Versammlung erschien, in die Tat umgesetzt werden. Sorge jeder dafür, daß bald alle Tischler, Maschinenschreiner, Pantoffelmacher u. s. w. in unsern Verbände organisiert sind. Sorge aber auch jeder dafür, daß Ordnung in der Zahlstelle bleibt, die Beiträge pünktlich entrichtet werden u. s. w.

Kamberg. Die christlichen Gewerkschaften Kambergs haben sich ein gemeinsames Verkegelschaft „Die goldene Schwane“ am Theresienplatz geschaffen. Laut Vertrag, welcher vom Ortskartell abgeschlossen wurde, verpflichtete sich der Beisitzer des Gasthofes zur goldenen Schwane den Gewerkschaften seinen Saal und die Vereinszimmer nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Gewerkschaften verpflichteten sich hingegen ihre regelmäßigen Versammlungen und Sitzungen ab Januar 1908 dortselbst zu halten. Das Lokal ist in Mitte der Stadt gelegen, hat einen Saal für circa 300 Personen und kleinere Vereinszimmer, so daß es sich für die Versammlungen und Sitzungen

sehr gut eignet. Die Schwane ist ein frequentierter Gasthof und ist deshalb auch zu gelegentlichem Besuch außerhalb der Versammlungen zu empfehlen. Zuweisende Kollegen können dort zu ermäßigtem Preise übernachten.

Schönlank. In letzter Zeit herrschte in unserer Zahlstelle eine rege Werbearbeit und wurden durch diese auch ganz schöne Erfolge erzielt. Nach unserer Versammlung vom 17. November jedoch zu urteilen, ist die Regsamkeit der Kollegen vorbei und scheinen sie ihren Winterschlaf antreten zu wollen. Wenn nun hier manche Kollegen einwenden, es wäre keine Sache, wenn eine große Versammlung angeordnet wäre und dann doch nicht stattfinden würde, wie dieses neulich passierte, weil der Referent, Kollege Krause-Danzig, plötzlich verhindert war zu erscheinen, so ist das doch kein Grund für die eintretende Lauheit. Ein tüchtiger Gewerkschaftler nimmt solche Dinge, so unangenehm sie auch sein mögen, mit in Kauf, und sucht deren Folgen, falls sie nachteilig für den Organisationsgedanken waren, zu beseitigen. Handeln wir dementsprechend. — Gingenwiesen sei auch auf den stattfindenden sozialen Unterrichtskursus, und werden die Kollegen um zahlreiche Teilnahme an demselben gebeten.

Holzlagerarbeiter.

Bremen. Einige Vorkommnisse, welche in der letzten Zeit hier geschehen sind, verdienen der Öffentlichkeit übergeben zu werden, um zu zeigen, welche Mittel unsere Gegner vom roten Verband anwenden, um den Arbeiter auf eine höhere Kulturstufe zu bringen. Da die „Genossen“ vom roten Hafenarbeiter- und Holzarbeiterverband im Frühjahr trotz Arbeitsniederlegung unter Kontraktbruch unsere Kollegen nicht aus der Arbeit hinausstreifen konnten, dank der Einmütigkeit der letzteren und dem Verhalten der Firma Logemann & Wardenburg, versuchten sie es nun mit allen erdenklichen Mitteln und Schikanen unseren Kollegen die Arbeit zu verzeihen, oder sogar unmöglich zu machen. Zunächst folgender Fall. Unser Kollege S. nahm Arbeit bei der Firma Schmeides am Sicherheitshafen. Als organisierter Kollege konnte S. sich nun zwar ausweisen, aber — Ein Oberholzgenosse nahm das Verbandsbuch an sich, mit der Erklärung: „Du mußt dich umschreiben lassen, denn wir dulden hier keine Christlichen.“ Trotzdem unser Kollege seine Einwilligung nicht gegeben hat, wurde ihm das Buch nicht zurückgegeben. Wo bleibt hier das „freie“ Koalitionsrecht? Die beiden folgenden Fälle beweisen, wie tief ein Arbeiter als „zielbewußter Genosse“ sinken kann. Am Freitag den 13. Dezbr. war u. a. auch unser Kollege St. beim Löschen des Holzdamplers „Saphir“ beschäftigt. Um nun zu erfahren, welcher Arbeiter christlich oder rot organisiert sei, wurde von den Hafenarbeiterverbandsmitgliedern das Räufelspiel gemacht: „Bist Du Freund oder Feind? Bist Du Feind, so bekommst Du eine große Tracht, bist Du Freund, dann eine kleine Tracht“. Wie nun diese Helben erfahren hatten, daß er ein christlicher sei, wurde ihm von zwei Mann (sonst nur 1 Mann) eine Tracht Holz gegeben, welche ein Arbeiter mit Anspannung aller Kräfte kaum tragen konnte. Auf eine Anfrage des St., was er ihnen getan habe, wurden ihm allerlei Schmeicheln zugerufen, sowie die Drohung ausgesprochen, ihn über Bord zu werfen. An Land befördert, fragte er nochmals: „Was wollt ihr denn von mir?“ worauf 2 Stauer sich lässig an ihm vergriffen und blutig schlugen; ein dritter gab noch einen Fußtritt hinterdrein. Die Besonnenheit unserer Kollegen hat noch schlimmeres abgewendet. Diese Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Jeder anständig denkende Arbeiter, wenn er auch Gegner ist, muß die Ueberzeugung gewinnen, daß mit solchen Mitteln der deutsche Arbeiter nicht die Gleichberechtigung erkämpfen kann. Wie wird es nun aber erst im Zukunftsaute aussehen? Auscheinend wird dann das Faustrecht wieder zur Geltung kommen. Sonntag den 15. Dezbr., mittags 2 Uhr, auf dem Wege nach Hause von der Arbeit, kühlte ein Hafenarbeiter seinen Nachbedarf dadurch, daß derselbe unseren Kollegen L. ohne Grund mit einer großen Bierflasche warf. Glücklichweise verfehlte der Wurf sein Ziel. Auch hier wurde durch die Besonnenheit unserer Kollegen schlimmeres verhindert. Leider hat es einige Kollegen gegeben, welche sich durch diese soz. Kaufbolddenkheit einschüchtern lassen und unserm Verbands den Rücken kehren. Abgesehen es zu verstehen ist, wenn die Kollegen wider Willen ihren Rock wechseln um Ruhe zu haben, so muß doch gesagt werden, daß der Uebermut der „Genossen“ mit solchem Untippen nicht gedrohen werden kann. Das Gefühl der Pflicht verlangt vielmehr, daß unsere Kollegen auf ihrem Posten ausharren und mit Verachtung auf jene armseligen Tröpfe schauen, die nicht mit Geisteskräften, sondern mit brutaler Gewalt ihren Ideen Ausbreitung verschaffen wollen. Diese Sorte „Genossen“ mag sich merken, daß es noch nicht aller Tage Abend ist.

Büttner.

Bürgurg. Man hat, nicht mit Unrecht, schon oft dem Satz ausgesprochen, daß die Organisationsverhältnisse der Arbeiter eines Berufes der Gradmesser ist, an der man die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genau bemessen kann. Die Richtigkeit dieses Satzes trifft bei den Büttnern in hiesiger Stadt zu. Wenn man bedenkt, daß erst 40% der hier in Betracht kommenden Büttner sich einer Organisation angeschlossen haben, so wird einem klar, warum die Lage derselben noch eine solch traurige ist. Man kann mit Recht behaupten, daß die Arbeitszeit der Büttner die längste ist unter denjenigen Berufen, die eine derartige Anstrengung der Kräfte des Körpers erfordert und von solch gesundheitschädlichen Einwirkungen begleitet sind, wie dies namentlich bei den Refektorbüttern der Fall ist. Haben wir hier doch noch eine 12- und 18 stündige Arbeitszeit zu verzeichnen und wenn man dann noch Wochenlöhne antrifft von 15—18 Mk., so wird man nicht mehr abstreiten können, daß hier einmal energig vorgegangen werden muß. Unsonst als auch die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in hiesiger Stadt auch immer mehr steigen. Dafür zeugt der jüngste Beschluß der Mäckerinnung, den Brotpreis um ein ganz beträchtliches zu erhöhen. Wir haben aber bis jetzt noch nichts gehört, daß auch unsere Herren Arbeitgeber darauf Rücksicht genommen und die Löhne etwas erhöht haben; daß sie dieses können, wird ein jeder Kollege wissen, der etwas kalkülieren kann. Wo die Söhne Israels einmal so stark in einer Branche vertreten sind, wie dies bei den hiesigen Weinbäuern der Fall ist, da kann man sicher damit rechnen, daß dabei ein Geschäftchen zu machen ist. Was die meiste Erbitterung erregt, ist die Behandlung, die oft nicht weniger als menschenwürdig ist. Schreiber dieses war vor einigen Tagen Zeuge, wie ein Arbeitgeber, die doch in der Bildung weiter vorgeschritten sein wollen, wie ein gewöhnlicher Arbeitermann, einem Kollegen eines geringen Anlasses wegen mit solch gemeinen Schimpfnamen traktierte, daß sich die Feder kräusen würde, dieselben wiederzugeben. Segen alle die hier angeführten

Zustände, sowohl was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie auch die menschenwürdige Behandlung anbelangen, kann der einzelne nichts ausrichten, man würde ihm einfach kündigen, wenn er sich dieses nicht bieten lassen will. Erst wenn der Kollege einer starken Organisation angehört, die für ihn eintritt, wird man ihn auch auf Seiten der Arbeitgeber respektieren. Dann haben wir auch noch mit einer großen Zahl von Kleinmeister zu rechnen. Diese Kleinmeister beschäftigen einige Gehilfen und Lehrlinge und arbeiten mit diesen in den kleinen Weinhandlungen. Sie können deshalb nur als Zwischenmeister betrachtet werden. Die Kleinmeister wissen nun nichts Besseres zu tun, als unsere Organisation zu bekämpfen, anstatt einzusehen, daß durch die Steigerung der Löhne der Gehilfen auch die der Meister erhöht werden, da dieselben doch auch zum größten Teil in den Tagelohn arbeiten. Wir haben deshalb gar keine Ursache, die Restantien auch noch für diese Zwischenmeister aus dem Feuer zu holen, umso mehr als auch bei ihnen, wo das Kost- und Logiswesen vorherrschend, noch sehr große Mißstände zu verzeichnen sind. Man braucht dieses nicht näher zu beleuchten, denn unsere Kollegen erfahren es am eigenen Leibe. Wenn man sich nun fragt, welchem Verbands soll ich mich anschließen, so kann für jeden nicht sozialdemokratisch gesinnten Kollegen nur der christliche Holzarbeiterverband in Betracht kommen. Dieser allein ist es, der die berechtigten Forderungen der Kollegen vertritt und dabei aber die religiösen und politischen Ueberzeugungen seiner Mitglieder achtet, was beim sozial. Büttnerverband nicht der Fall ist. Das hat deutlich der Gauleiter Seel aus Mainz in einer Versammlung in Dresden bewiesen, wo derselbe über die kathol. Kirche hergefallen und deren Einrichtungen verunglimpft hat. Dieses gehört doch nicht in eine Verbandsversammlung, denn das hat doch nichts mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu tun. Kein Kollege, der noch eine religiöse Ueberzeugung hat, kann es mit seinem Charakter vereinbaren, sich diesem Verbands anzuschließen. In der oben erwähnten Versammlung wurde auch kontrolliert, ob alle Mitglieder des „freien“ Büttnerverbandes die sozial. Parteizettel lesen. So zeigt man dort, wo man die Macht hat, das wahre Gesicht. Natürlich, wenn dann der Herr Gauleiter Seel nach Bürgurg kommt, so hängt er wieder das neutrale Mäntelchen um, denn hier darf man das wahre Gesicht nicht zeigen, sonst werden die Kollegen flüchtig. Das selbe Mäntelchen hat Herr Seel in einer jüngst hier abgehaltenen öffentl. Büttnerversammlung unternommen, wo es demselben vorzuehalten war, recht wader über die christlichen Verbände zu schimpfen. Wenn die Lage der Büttner mit zukunftsfaulischen Phrasen gefordert würden, dann gebührte dem sozial. Büttnerverband die erste Prämie. Wie die Lage der Büttner aber durch die Tat vom soz. Verbands gefördert wird, zeigt folgender Vorfall: In einem hiesigen Geschäft arbeitete ein Vertrauensmann des sozial. Büttnerverbandes und auch ein Mitglied unseres Verbandes. Als die Feierabendstunde herangekommen war, machte der Meister darauf aufmerksam, daß die Kollegen aufhören sollten zu arbeiten; da war es der Vertrauensmann des sozial. Büttnerverbandes, der den Schmarotzer machte, indem er dem Meister erklärte, daß sie noch dieses und jenes fertig machen wollten. Erst dem energischen Widerspruch des Mitgliedes unseres Verbandes war es zu verdanken, daß in dem betreffenden Geschäft die Arbeitszeit richtig eingehalten wurde. Es wäre deshalb mütlicher, daß, wenn der Herr Gauleiter Seel wieder hierher kommt und anstatt eines „geistreichen“ Referats über die angeblichen christl. Arbeiterverräter (?) er zuerst einmal den Mitgliedern und Vertrauensmännern seines Verbandes die Pflichten vor Augen führt, die sie zu erfüllen haben als Gewerkschaftler und nicht als Sozialdemokraten. Kollegen, es ist unserer Sache nicht gebient, wenn wir eine Faust in der Tasche halten, sondern es kann nur dadurch eine Besserung unserer Verhältnisse geschaffen werden, wenn wir uns dem Zentralverbände christlicher Holzarbeiter anschließen, wo wir dann vereint das Erreichen werden, was der einzelne nicht vermag.

Bürsten- und Pinselmacher.

Strasburg (Elsaß). Wir müssen heute über eine sonderbare Praxis der Firma Oskar Kirsten, Bürsten- Pinsel- und Pfaffwarenfabrik, berichten. Bei dieser Firma war eine Kollegin 7 Jahre beschäftigt, zuletzt, weil sie familiäre Verhältnisse dazu zwangen, als Heimarbeiterin. Die bei der Arbeit notwendige Scheere lieferte die Firma. Eines Tages nun, ging die Scheere am Gestell entzwei und konstatierte man einen allen Bruch. Die Firma behauptete nun, die Scheere sei gefallen und rühre daher der Bruch. Eine Zeugin hat hingegen gesehen, wie die Scheere bei der Arbeit zerbrach. Zuerst wollte die Firma den ganzen Preis der Scheere erheben, behielt dann schließlich aber nur 15,86 Mk. vom Lohn der Kollegin ein. Der Kollegin wurde dann eine andere Scheere gestellt. Als die Firma der Arbeiterin schließlich keine Arbeit mehr gab und letztere sich hatte dahin begeben lassen, daß ein Fabrikant kein Recht habe, für entzwei gegangenes Werkzeug ohne weiteres den Lohn einzubehalten und auf die Rückgabe des Geldes dränge, andernfalls sie die Scheere als ihr Eigentum betrachte, da stellte sich, durch die Firma aufgefordert, ein Polizeibeamter ein, um die Zurückgabe der Scheere zu erlangen. Diesem kam die Kollegin nach und erhielt sie dann von der Firma Kirsten folgende Schlußabrechnung:

| | |
|---|----------------------|
| Scheere zum Schleifen | 9,60 Mk. |
| Davon bezahlt | 6,00 " |
| | Rest 3,00 Mk. |
| 6 Dgd. Nardethen à 13 Pfg. macht | 9,36 Mk. |
| geht ab 2 Monate Krankengeld | 4,176 Mk. = 3,52 Mk. |
| Invalidegeld: | |
| 10x24 Pfg. = 2,40 Mk. die Hälfte 1,20 Mk. | 4,72 Mk. |
| | 4,72 Mk. |
| | 4,64 " |
| Rest der Scheere | 3,00 " |
| | 1,64 Mk. |

Mit 1,64 Mk. mußte sich ja die Kollegin zufrieden stellen, als sie das Erträgnis ihrer Hände Arbeit in Empfang nahm. Jedenfalls wird sich das Gemeindegewicht noch mit der Sache zu befassen haben. Abgesehen davon, daß, wie schon erwähnt, ein Arbeitgeber kein Recht hat, ohne weiteres andere Dinge mit dem Arbeitslohn aufzurechnen, hat er auch keine Befugnis, für 2 Monate Krankengeld und für 10 Wochen „Invalidegeld“ vom Lohn abzuhalten. Die gesetzlichen Bestimmungen ermächtigen ihn bis zum Abzug für 2 Lohnzahlungspetitionen. — An dem gekennzeichneten Falle sieht man wieder einmal recht deutlich, was sich Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern und besonders aber Arbeiterinnen erlauben. Besserung kann nur herbeigeführt werden, durch eine starke Organisation und durch die Schulung der Arbeiterschaft innerhalb derselben.

Stachelsägel.

Lloyd Krebs, Schreiner, gestorben zu Adorf.
Gasper Melchers, Schreiner, gestorben zu Düsseldorf.
Germann Polakowski, Bürstenmacher, gestorben zu Bohne.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Noter Terror in Bielefeld.

Die Bielefelder Genossen sind z. B. vom Christentoller befallen. Nicht wenig zu dieser zeitgemäßen Krankheit mag die für die „Genossen“ in Bielefeld günstig ausgefallene Reichs- sowie auch Stadtverordnetenwahl beigetragen haben. Das hat ihr Mutgefühl gestärkt und gehen sie nunmehr mit einer wahren Verachtung gegen die christlichen Gewerkschaftler vor. Besonders gegen die Mitglieder des christl. Metallarbeiterverbandes.

Mit dem Wachsen der Ortsgruppe letzteren Verbandes begann die Hitze. Man sah christlich organisierten Metallarbeiter wurden schmerzlich geschädigt, indem man sie auf Arbeit warten ließ; andere durch Beschädigung der ausgeführten Arbeit. Positives von Metallarbeitern usw. Solche Vorkommnisse waren nur dadurch möglich, daß verschiedene Unternehmer mit den Sozialdemokraten kollaborierten. Im vorigen Jahre kam es auch schon zu Tätlichkeiten gegen christl. Gewerkschaftler. Mehrere Genossen wurden deshalb zu Gefängnisstrafen bis zu 14 Tagen verurteilt. Dagegen ist nicht nur solche Haltung der „Genossen“, wenn man sieht, wie ihre Führer nichts tun, um einen solchen Zustand zu beseitigen, vielmehr noch bestraft sind und waren. Das ist's Feuer zu gießen.

Schändlich bei der Firma Götze trieb der sozialdem. Terror seine Blüten. Nicht zum sozialdem. Metallarbeiterverbande übertraten mitleidige Arbeiter wurden mit „Kettenschloß“ bestraft, man drohte wegen Nichtübertritts von Christlichen die Broden herabzuwerfen usw. Als unter diesen Umständen sich die christlichen Arbeiter sammelten und in größerer Zahl bei der Firma Götze in Arbeit traten, ging der Kampf gegen sie erst recht los. Eine ganze Anzahl christlicher Gewerkschaftler wurden heimtückisch überfallen und mißhandelt. Besonders Ziel des Hasses war der Vorsitzende der Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes. In Flugblättern, welche vom Leiter der sozialdem. Verbandesverwaltung in Bielefeld, Reichstagsabgeordneter Karl Sehering, herausgegeben, wurde gegen Sehering gehetzt, Straße und Hausnummer seiner Wohnung angegeben und so indirekt der Janhagel veranlaßt, Gewalttätigkeiten zu verüben. Der Erfolg dieser Heerei zeigte sich sehr bald. Sehering wurde von einer Horde auf seiner Straße niedergeworfen und blutig geschlagen, daß er erstliche Hilfe in der Straße suchen mußte. Damit nicht genug, zog eine Horde Metzger, Köcher und Kinder vor die Wohnung Seherings und verurteilten die Fenster mit Steinwürfen, so daß die Fenster zertrümmert wurden.

In Bielefeld, wo überall vertriebt werden, muß der sozialdemokratische Kampfabgeordnete für Bielefeld, Karl Sehering, die Sache Jacques betrachten, als sei niemals von ihm ein Befehl gegeben, ein Dorn auf Andersdenkende anzuhaken. Dabei hat der Herr Kampfabgeordnete aber in einer Briefvermittlung Anforderungen stellen, die darauf abzielen, den Arbeiter, daß er die Mißhandlungen der christlichen Arbeiter völlig billige. Außerdem bringt er die „Metallarbeiter-Zeitung“ einen Artikel zu den Bielefelder Vorgängen, verweist vom Beamten Buje des sozialdem. Metallarbeiterverbandes, der mit einem wahren Spitznamen die Taten der Bielefelder Genossen verurteilt.

Um all den Schandakten die Krone aufzusetzen, versucht man in Bielefeld, die christlichen Arbeiter mit dem Obmann des Christlichen zu schellen. Unter missgebender Schandakten ist es in der Nacht der Firma Götze einen Streik, der bei weiterer Behauptung nur das Ziel haben kann, die christl. Arbeiter aus dem Betriebe heraus zu kugeln. Da aber die Christlichen nicht so kühn sind, „Schandakten“ zu schreiben, sondern lieber Sorge tragen, daß die Mitglieder der „Genossen“ ruhig mit, erhebt sich der ganze Haufe der alte Ruf nach christlichen Streikbruch. Solches hat die christlichen Arbeiter nicht weniger als die christlichen Arbeiter. Die christlichen Arbeiter sind geschrien worden, wenn sie die christlichen Arbeiter durch die Dagegen der christlichen Arbeiter kühn sind.

Kamberg, Straßburger. In Kamberg fanden am 11. Dez. wiederum 6 Klagen zur Verhandlung an, die mit dem Kamberger Christl. Bergarbeiterverband zusammenhängen. Die Klagen richteten sich gegen den Kollegen Jansen-Köln, der als verantwortlicher Redakteur des „Deutschen Arbeiter“ die Kamberger Fabrikanten beleidigt haben usw. Die Klagen gegen Jansen wurden zur Verhandlung und erzielte die Verurteilung des Kollegen Jansen zu 4 Mk. Geldstrafe. Eine

Verurteilung erfolgte im wesentlichen deshalb, weil in den inkriminierten Artikeln gemeinhin von den Kamberger Fabrikanten die Rede war und die gemachten Vorhaltungen sich nicht auf alle Fabrikanten beziehen konnten. — Der arbeitswillige Werkführer Kuhlmeier hatte den Kollegen Erving-Frankfurt bedroht und beleidigt. Er muß dafür 10 Mark zahlen. — Kollege Erving-Frankfurt war bereits zum dritten Male angeklagt, weil er Fabrikanten den Vorwurf des Vertragsbruches gemacht hatte. Wie in den beiden vorhergehenden Fällen, erfolgte auch dieses Mal die Freisprechung des Kollegen Erving und wurden den klagenden Fabrikanten die Kosten des Verfahrens zur Last gelegt. — Kurzzeit schweben noch zwei Prozesse, die mit dem Kamberger Streik im Zusammenhang stehen.

Niederlage des sozial. Buchdrucker-Verbandes in der Organisationsvertragsfrage. Gelegentlich des Abschlusses des Tarifvertrages im Buchdruckerhandwerk wurde auch bekannt, daß neben dem Tarifvertrage noch ein Organisationsvertrag zwischen der Arbeitgeberorganisation und dem soz. Buchdruckerverbande abgeschlossen war. Nach letztem sollten die Mitglieder des sozial. Verbandes verpflichtet sein, nur bei Mitgliedern der Arbeitgeberorganisation in Arbeit zu treten, und umgekehrt die Arbeitgeber nur solche Gehilfen einstellen dürfen, die sozial. organisiert waren. Als Beginn dieser Abmachungen war der 1. Januar 1908 festgesetzt.

Daß ein Monopol, wie es hier für den sozial. Buchdruckerverband geschaffen, dazu beitragen muß, Erbitterung in der nichtsozialdemokratischen Arbeiterwelt zu erregen, versteht sich von selbst. Ein solches Monopol zu sanktionieren, hieße ja seitens der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft moralischen Selbstmord begehen. So wurde dann der Kampf von den christlichen Gewerkschaften und dem ihnen inzwischen beigetretenen Günterbergbund gegen jenes Monopol aufgenommen, mit dem Erfolge, daß die Bestimmung bez. der Nur-Beschäftigung sozial. organisierter Buchdruckergehilfen aufgehoben wurde. Damit hat der neben dem Buchdruckerhandwerk herlaufende Organisationsvertrag, seine Bedeutung verloren. Das blindwütige Loben des roten Buchdruckerverbandes gegen die christl. Gewerkschaften und den Günterbergbund um die Aufrechterhaltung jener Bestimmung war unsonst und dürfte sich heute wohl darüber, daß der sozial. Buchdruckerverband eine gründliche Niederlage erlitten hat, niemand klarer sein, wie letzterer selbst.

Verurteilung der Schuhmacher in Gauzheim. Nachdem am Montag den 9. Dezember auf Grund gegenseitiger Verständigung in einem Betriebe die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen konnte, ist am Montag den 16. Dezember dies auch bei den übrigen Fabrikanten geschehen. Die Vereinbarungen lauten, daß alle Arbeiter wieder im Betriebe eingestellt, wegen Buchführung zum Verbandsverhältnis Schwierigkeiten bereitet und auch keinerlei Maßregelungen, erfolgen sollen. Ferner gaben die Fabrikanten des Vertriebes innerhalb kurzer Zeit die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Somit wäre nach 7wöchiger Dauer der Friede wieder hergestellt. Die Organisation ist als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen, denn ihrer Vernichtung galt der eigentliche Kampf. Die durch die Äußerungen der Fabrikanten bewiesen werden kann. Die Bahn für eine weitere Entwicklung des christlichen Bergarbeiterverbandes in der Pfalz speziell ist nun frei. Hoffentlich sind sich auch die Arbeiter ihrer Pflicht bewußt.

Soziale Rundschau.

Die Knappschloßwerke im Saarrevier brachten dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter einen außergewöhnlichen Erfolg. Bisher waren die organisierten Arbeiter des Saarreviers Knappschloßwerke in der Mindeheit und verdrängten sie ihre Mandate in der Hauptstadt nur den Kaufleuten, die seit dem Einsetzen des Gewerbevereins an der Saar gelähmt wurden. Der dortige Knappschloßwerke war so ein Feld für Arbeitervertreter von Wertigkeiten und der laich. Facharbeiter. Die diesjährige Wahl hat nun bewiesen, daß die Arbeiter vorher sind, in der der Arbeiter das Ziel dessen liegt, dessen Brot er ist. Außerdem zeigte die Wahl, daß im Saarrevier in der Gewerkschaftsfrage die Würfel gefallen sind. Nicht Facharbeiter, sondern Gewerbeverein ist die Lösung der Saarreviers. Von 107 Spritzen erhielt der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter 80 Stimmzettel und 76 Stimmzettel. Unorganisierte Kasse wurde 5 und 14 Stimmzettlern gewählt. Die Facharbeitern erhielten 19 Stimmzettel und 23 Stimmzettel. Die „Genossen“ und Fische gingen leer aus. Wenn man berücksichtigt, daß von einer Beschäftigung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter erst seit drei Jahren im Saarrevier geredet werden kann, so ist der erzielte Erfolg nicht hoch genug anzuschlagen. Vor allem aber ist es besonders, daß selbst Hochburgen der Facharbeitern dem Willen der christlich organisierten Bergarbeiter nicht

hambühren konnten. So wurde u. a. auch Sulzbach, die Pfalzberg des Herrn Pfarrers Foyer von ihnen erobert.

Aus Arbeitgebertreffen.

Aus vertraulichen Sitzungen, des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“ ist die sozialdem. Presse verschiedenes mitzuteilen in der Lage. Nach diesen Mitteilungen ist der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gar nicht gewillt den Arbeitern bei den im nächsten Frühjahr ablaufenden Tarifverträgen annehmbare Zugeständnisse zu machen. Bereits auf einer am 19. Februar 1907 in Köln stattgefundenen Versammlung des Arbeitgeber-Verbandes wurden bezgl. der Erneuerung der Tarifverträge folgende Beschlüsse aufgestellt:

1. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge sind bis zum 31. März 1910, über bis zum 31. März 1908 und in weiterer Folge bis zum 31. März 1910 abzuschließen.

2. Alle im Jahre 1908 zu vereinbarenden Tarifverträge dürfen nur unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Bundesleitung abgeschlossen werden.

3. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sofern diese nicht über 10 Stunden beträgt, nur nach vorausgegangenem verlorenem Streik und mit Genehmigung des Bundesvorstandes eintreten zu lassen.

Weitere Winks, wie der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe zu handeln gedenkt, wenn im Jahre 1908 keine Einigung auf der angebotenen Grundlage erzielt werden sollte, gab auf der am 31. Oktober in Berlin stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes dessen Vorsitzender Felsch. Anknüpfend an einen vom Bundesvorstande ausgearbeiteten Normal-Vertrag führte er aus:

„Das Endziel ist, daß, falls nicht für alle Verträge eine Einigung erzielt werden kann, dann sämtliche Verträge nicht in Kraft treten und als letztes Mittel eine Aussperrung größeren Umfanges angebrocht und durchgeführt werden soll. Es handelt sich also um eine sehr ernste Sache, nur eine Kraftprobe unseres Bundes. Wenn es aus Anlaß des gemeinsamen Vorgehens zu einem Bruch mit den Arbeiterorganisationen kommen sollte, so wird natürlich bestimmt vorausgesetzt, daß sich an einer vorzunehmenden Aussperrung auch diejenigen Verbände beteiligen, die keine Verträge abgeschlossen haben.“

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe rechnet mithin von vornherein mit einer allgemeinen Aussperrung und sollte diese Last auf unseren Kollegen Lehre genug sein, zur Festigung ihrer Organisation mit allen Mitteln zu streben.

Literarisches.

Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs. Verlag des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften, Köln. Preis 0,50 Mk., Agitationsausgabe 0,20 Mk. In übersichtlicher Weise ist in dieser Broschüre das vorhandene Material über die gelbe Gewerkschaftsbewegung zusammengetragen. Wir finden u. a. folgende Kapitel: „Der Ausdruck „gelbe Gewerkschaften“ in der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, „Epielerien gelber Organisationen“, „Die wahren Gründer“, „Vom Typus der Gelben“, „Zur Theorie der Gelben“, „Deutsche Unternehmerverbände und die Gelben“. Wer die gelbe Gewerkschaftsbewegung studieren will, kann das treffliche Werkchen nicht entbehren. Den Mitgliedern des Verbandes kann der Kauf desselben nur empfohlen werden. Hoff ist in der Holzindustrie die Selbstsucht kaum anzutreffen, Gungung wird sie trotz der geringfügigen Berliner Berufser jenseit auch hier finden, wenn die organisierte Arbeiterschaft der Holzindustrie der Entwicklung der Dinge teilnahmslos gegenüberstehen würde. Der Kampf gegen die Gelben wird unter den Arbeitern der Holzindustrie von Erfolg begleitet sein, wenn sich die Kollegenchaft des christlichen Spruches bewußt ist, der auch der Broschüre über die Gelben als Motto dient:

„Wenn Du Dich selber machst zum Knecht,
Bedauert Dich niemand, geht's Dir schlecht.“

Die an dieser Stelle angezeichneten Bücher sind durch die Buchhandlung des Generalsekretariats der christl. Gewerkschaften zu Köln, Palmstraße 14 zu beziehen.

Stausprüche.

Und der „schönen Tat in Worten“
Kantaten wir beinahe“ entraten;
Was uns not tut allerorten,
Ist ein schönes Wort in Laten.

Wer mit dem Leben spielt,
Kommt nie zurecht;
Wer sich nicht selbst befehlt,
Weiß immer Knecht.

Tischler-Fachkurse, Leipzig

Werkmeister, Tischler, Zischler.
Anmeldung vorzuziehen, einzig deutsches Lehrinstitut. — Programm frei durch:
Das Institut, Löwenstrasse Nr. 15.

Geometrische Büchertabrik

Kamberg (Pfalz).
Bücher und vorzüglichste Segensprüche für
alle Sorten Büchertwaren
für den Handel und industrielle Betriebe.
Bestellungen nach ein-jährigen Büchern prompt
und bill. Musterbestellungen auf gefälligen
Bücher gratis zu Diensten.

Ein tüchtiger Helfer

auf eigene Mittel, der handaus schicklich
arbeiten kann, ein tüchtiger Helfer,
kann selbst Erklärung geben, ganz bei
Germann Schmidt, Buchverlag,
Kamberg (Pfalz).

Detmolds grösste

Tischler-Fachschule

Programm frei. Dir. Rainking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die Formenlehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Die Stillehre f. Tischler à Mk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.

Zahlelle Schramberg.

Unter
Generalversammlung
findet am 5. Januar statt.
Nützliches Erscheinen ist Pflicht!
Der Vorstand.

Drei Korbmacherschilfen

von Prof. Wöhe,
billig zu verkaufen.
Lithos: Struempfer Verlag

Der praktische Tischler

von Prof. Wöhe,
billig zu verkaufen.
Lithos: Struempfer Verlag